

Dresdner Volkszeitung

Hauptschriftleiter: Dresden Nr. 1268, Raben & Comp. Organ für das werktätige Volk. Verleger: E. G. Raben & Comp., Dresden. Redaktion: Dresden, Raben & Comp.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abdruck des Inhalts...
Abdruck des Inhalts...
Abdruck des Inhalts...

Nr. 288 Dresden, Freitag, den 9. Dezember 1932 43. Jahrgang

Führerkonflikt in der Hitler-Partei

Straßers Maßregelung - Der Scheidebrief an Hitler - Verschiebung durch „Erholungsurlaub“

Straßer legt die Nerven nieder

In der Hitler-Partei ist zwischen Gregor Straßer und der Parteileitung ein Konflikt ausgebrochen. Die Reichspressstelle der NSDAP teilt mit:
Gregor Straßer tritt mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen an. Alle weiteren daran geknüpften Rechte und Kombinationen sind unzutreffend und entbehren jeglicher Grundlage.
Was nach dieser Klarstellung „jeglicher Grundlage“ entbehren soll, ist das Gerücht, das am Donnerstag nachmittag in Berlin von sehr gut unterrichteten politischen Kreisen verbreitet wurde: daß Gregor Straßer aus der Hitler-Partei ausgetreten sei, weil er mit dem jetzigen Kurs und Hitlers ewigen Schwankungen nicht einverstanden ist. Der Konflikt zwischen Straßer und Hitler hat seinen äußeren Ausdruck darin gefunden, daß Straßer in einem Brief an Hitler sämtliche Parteiamter zur Verfügung gestellt hat. Es wird in Kreisen angenommen, daß der Konflikt noch weitere Folgen haben wird. Man erwartet eine allgemeine Führerkrise. Vorläufig habe Hitler die Straßersche Demission nicht angenommen, sondern einen „Erholungsurlaub“ für Straßer angeordnet. In der Zwischenzeit soll die Verständigung versucht werden.
Schon seit Wochen stehen sich im Reichslager zwei Flügel gegenüber, von denen der eine zu Kompromissen mit den bürgerlichen Parteien bereit ist und von Log und Log stärker zur „Futtertruppe“ drängt, während der andere für die Auffassung vertritt, daß die Nazi-Partei nur eine Reichsregierung unterstützen darf, in der Hitler Reichsminister ist. Die eine Folge dieses Kampfes ist jetzt Straßers „Erholungsurlaub“. Die radikale Richtung hat vorläufig gesiegt. Damit dürften auch die Aussichten, in Preußen bald zu einer schwarz-braunen Koalition zu kommen, auf dem Nullpunkt gesunken sein.

Schwindel. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag gegen die Schleicher-Regierung einen Mißtrauensantrag eingebracht, während die Nazi-Fraktion zwar von „scharfem Kampf“ gegen die Regierung Schleicher redet, aber bisher auf ein Mißtrauensvotum verzichtet hat und im Begriff steht, die baldige Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag dadurch zu verhindern, daß sie am Freitag mit den bürgerlichen Parteien für die Vertagung des Reichstags bis Mitte Januar stimmt. Das ist gleichbedeutend mit einer Tolerierung der Schleicher-Regierung durch die Nationalsozialisten. Ihr neuester Schwindel über die Sozialdemokratie hat keinen anderen Sinn, als von dem Widerspruch zwischen ihrer Theorie und ihrer Praxis abzulenken.

Schwarzweißer Zentrumskonflikt

Berlin, 8. Dezember. (Fig. Funkpr.) Im Zentrum ist zwischen der Reichstagsfraktion und der preussischen Landesfraktion wegen Neubildung der preussischen Regierung ein heftiger Konflikt ausgebrochen. Mit diesem Streit beschäftigte sich am Donnerstag der Vorstand der Zentrumspartei in einer mehrtägigen Sitzung. Ein Ergebnis hatten diese Verhandlungen jedoch nicht.
Die Nationalsozialisten wünschen in Preußen ein Kabinettsamt unter Führung Görings. Im Gegensatz zu Straßer beabsichtigt die offizielle Parteileitung keineswegs, den von der Reichsregierung vorgeschlagenen Weg zu gehen, den neuwählenden Ministerpräsidenten als Vizekanzler in die Reichsregierung zu entsenden und auf diese Art den Streit zwischen dem Reich und Preußen endgültig zu beenden. Die Zentrumspartei des preussischen Landtags ist in ihrer Mehrheit bereit, ein beratendes Kabinettsamt Göring zu wählen, während die Reichstagsfraktion die Auffassung vertritt, daß eine solche Regierung unter allen Umständen ver-

hindert werden müsse und der Streit zwischen dem Reich und Preußen nicht von neuem vergrößert werden dürfe.
Diese Ansicht wird mit der Begründung vertreten, daß die Wahl einer Regierung Göring in Preußen trotz dem Urteil des Staatsgerichtshofes das Preußenterritorium keineswegs beenden, sondern in dem bisherigen Maß erhalten würde.

Die braune „Volksgemeinschaft“

Kraft und Stunt
Es gärt und brodelt bei den Jüngern des Dritten Reichs. Sie müssen zu lange auf die Erfüllung der ihnen gemachten Versprechungen auf persönliche Karriere warten. Daher maulen sie und werden dafür von ihren Führern „schwachsichtige Weiber“ und ein „uneiniger Haufen“ genannt. Ein Beweis für diese innere Verlesung ist ein Rundschreiben des Sturmabteilungsführers Kaufmann in Urach im Schwarzwald, in dem es u. a. heißt:
Die ewigen Stänkereien, die Jagd nach Sternen und persönliche Differenzen sind schuld daran, daß es bei euch nicht recht vorwärtsgehen will. Dazu kommen einzelne Mißgriffe in der Führerbesetzung. Denkt daran: wir brauchen Männer und keine schwachsichtigen Weiber! Nur dann können wir allen und noch bevorstehenden Aufgaben gerecht werden. Was soll unser Führer mit einem in sich uneinigen Haufen anfangen? Ihr seid heute auf dem Papier noch (!) etwa 85 Mann. Euer Ziel muß sein: Weg mit allen Stänkereien, Jank und Streit, Kameradschaft innerhalb des ganzen Sturmes.
Und diese Handen des ewigen Krachs und Stunks wollen Deutschland in der „nationalsozialistischen Volksgemeinschaft“ einigeln!
Neues Femealverbrechen der SA. Aus Breslau wird uns gemeldet: Aus der Breslauer Magifaserne wurde in der Donnerstagnacht ein schwerverletzter SA-Mann auf die Straße geworfen. Die Polizei transportierte den Verwundeten in das Krankenhaus. Die Untersuchung dieser Femealangelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.

Der preussische Brellstein

Göring siegte im Futterkrippeneennen
Der Hintergrund des Straßer-Konfliktes wird auch durch folgende Meldung beleuchtet:
Am Donnerstagabend hatte der Reichskanzler mit dem Führer der preussischen Zentrumspartei, Dr. Lauscher, eine längere Besprechung, die insbesondere der Frage galt, unter welchen Voraussetzungen die Reichsregierung bereit ist, das Preußen-Kommissariat aufzugeben. Das Bestreben der Reichsregierung geht dahin, die Nationalsozialisten über Preußen zu ihrer Isolierung zu zwingen. Sie will das Preußenkommissariat nur aufheben, wenn der neu zu wählende preussische Ministerpräsident gleichzeitig dem Reichskabinettsamt als Vizekanzler angehört und so der Reichspolitik von Preußen her keine Schwierigkeiten gemacht werden. Die bei den Nationalsozialisten von Gregor Straßer geführte Richtung ist bereit, den von der Schleicher-Regierung erwarteten Weg mitzugehen. Das Zentrum hat deshalb in den letzten Tagen versucht, Straßer für das Amt eines Ministerpräsidenten zu gewinnen. Dieser Versuch ist gescheitert, indem die Nationalsozialisten offiziell Göring vorgeschlagen haben. Damit ist der Verhandlung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum von Preußen wieder ins Stocken geraten.
In unterrichteten Kreisen wird der „Erholungsurlaub“ Straßers in erster Linie darauf zurückgeführt, daß er von der radikalen Richtung seiner Partei besawouiert wurde und an Stelle seiner Kandidatur offiziell die Görings gelehrt worden ist.

Preußen bleibt gedroffelt

Schleichers Scheinverhandlungen - Nazischwindel
D. Am Donnerstag fand zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun auf Wunsch Schleichers eine Unterredung über den „Preußenkonflikt“ statt. Ein Ergebnis hatte die Verhandlung nicht.
Die Nationalsozialisten behaupten, daß die Besprechung Schleicher-Braun der Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber der Schleicher-Regierung gegolten habe und die Sozialdemokratie durch Brauns die Möglichkeiten einer Tolerierung der Reichsregierung habe jandieren lassen. Daß die Sozialdemokratie das ausgenutzt habe, um die Sozialdemokratie zu gewinnen, ist jedoch nicht zu bezweifeln.

Politische Amnestie

Das Recht wurde Anrecht - Korrektur unerhörter Sondergerichtsurteile

D. Am Donnerstag beschäftigte sich der Rechtsausschuß des Reichstages mit den von der Sozialdemokratie, den Kommunisten und den Nationalsozialisten eingebrachten Amnestiegesetzentwürfen. Die Reichsregierung war durch den Justizminister Dr. Götting vertreten, der im Verlauf der Debatte betonte, daß er im Ausschuss keine in der Amnestiefrage festliegende Meinung des Kabinetts zu vertreten habe. Er wolle nur die erforderliche technische Hilfe bei der Beratung leisten. Immerhin hat der Justizminister versucht, aus den Gesetzentwürfen der Parteien einen Kompromißvorschlag auszuarbeiten, den er dem Ausschuss unterbreitete.

Die Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vertrat Abgeordneter Marum. Er führte aus, daß trotz den grundsätzlichen Bedenken, die immer gegen eine Amnestie sprechen, der heutige Zeitpunkt für eine Amnestie besonders deshalb geeignet sei, weil die Urteile der letzten Zeit außerordentlich furchtbar gewesen seien. Eine große Zahl von Angeklagten sei, besonders durch die Sondergerichte, geradezu erschlagen gemacht worden. Auch wer ausgereicht werde, müsse feststellen, daß das noch viel mehr durch die Rechtsprechung der letzten Zeit geschehen sei. Tötungsdelikte, Sprengstoffverbrechen und Disziplinärverfahren müßten jedoch von der Amnestie ausgenommen werden. Ein Reichsministerausschuß solle in unstrittigen Fällen die Entscheidung der Gerichte nachprüfen und im Wege einer Wegnahmsempfehlung an den Reichspräsidenten übertragen. Frühere Erfahrungen hätten ergeben, daß die Gerichte bei der Prüfung auf die Anwendung der Amnestie, milde gefasst, vorzuziehen gehandelt und die Fälle je nach der parteipolitischen Zugehörigkeit der zu Amnestierenden unterschiedlich behandelt hätten.
Der Kommunist Kosta verteidigte den Entwurf seiner Fraktion. Die Redner der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Nationalen und der „Technischen Fraktion“ sprachen sich gegen eine Amnestie aus, während der Zentrumsparteiangehörige Wegmann zwar eine Amnestie im gegenwärtigen Zeitpunkt für berechtigt erklärte, aber nicht zur Hochverrat, Landesverrat und die Todesdelikte ausgenommen, sondern auch eine Differenzierung nach der Höhe des auszusprechenden Strafmaßes vorzuschlagen.

macht wissen will. Der Reichsjustizminister legte den eingangs erwähnten Kompromißentwurf vor, der sehr weit hinter dem sozialdemokratischen Entwurf zurückbleibt.

D. Berlin, 9. Dezember. (Fig. Funkpr.) Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm am Donnerstagabend 9.30 Uhr seine Beratungen wieder auf. In der Beratungspause hatten interfraktionelle Besprechungen beim Reichsjustizminister Dr. Götting stattgefunden und ebenso Besprechungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Das Ergebnis dieser Besprechungen war eine sehr wichtige Veränderung des Kompromißentwurfes, den der Reichsjustizminister vorgelegt hatte.
Die wichtigsten Bestimmungen der jetzigen Gestalt des Amnestiegesetzentwurfes seien so and:

Die Straffreiheit erstreckt sich auf Strafstaten, die aus politischen Motivationsgründen oder aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe begangen worden sind. Höchstenfalls werden alle Geldstrafen und Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren, Freiheitsstrafen von längerer Dauer sollen um fünf Jahre gekürzt, die Reststrafe kann auf die Hälfte herabgesetzt und die bereits verhängte Strafe auf diesen Rest angedrückt werden. Dabei tritt allgemein an die Stelle von Zuchthaus Gefängnis.
Als Stichtag für die Amnestie ist der 1. Dezember 1932 festgesetzt. Ausgeschlossen von der Amnestie werden folgende Strafstaten: 1. Verbrechen gegen das Leben (§ 211, 212, 214 des Strafgesetzbuches); 2. Verbrechen gegen § 1 der Kernenergieverordnung vom 9. August 1932, wenn dabei ein Mensch getötet oder verletzt worden ist; 3. gemeingefährliche Verbrechen mit Todesfolge; 4. Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse dann, wenn die Tat aus Eigenem begangen ist (domnach fällt also der literarische Landesverrat mit unter die Amnestie); und 5. schließlich Verbrechen gegen das Gesetz gegen den vertriebenen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen.
Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschloffen alle bürgerlichen Parteien, die Zustimmung auf Freitag zu verschieben.